

Was ist eigentlich Faschismus?

Elemente des Faschismus am Beispiel des Hitler'schen Nationalsozialismus in Deutschland 1933

Dieser Text ist der Dokumentation „Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918 – 1945“ von Ulrike Hörster – Philipps aus dem Pahl-Rugenstein Verlag entnommen. Das Buch besteht im westlichen aus einer Quellensammlung und enthält abschnittsweise kommentierende Einleitungen und Hinweise zu den Quellentexten. Der nachfolgende Text ist aus dem 2. Teil des Buches übernommen.

Der Faschismus an der Macht

Der unverhüllte, brutale Terror gegen alle oppositionellen Strömungen ist ein Wesensmerkmal des Faschismus. ohne das die Durchsetzung seiner Ziele und die Absicherung seiner Herrschaft nicht gelingen kann. Hitler war zum Kanzler geworden, um die aggressivsten und weitgehendsten Pläne der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militärs zu verwirklichen; was er diesen Kräften in zahlreichen Reden vor 1933 versichert hatte, wurde sein Regierungsprogramm: die kriegerische Eroberung neuen "Lebensraums" und die Zerschlagung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung, denn "wer sich nicht bekehren lässt, muss gebeugt werden". (Dok. 134)

Die Ausschaltung der parlamentarischen Institutionen und der politischen Hauptgegner stand bereits im Mittelpunkt der ersten Sitzung des Kabinetts Hitler. Ein **Ermächtigungsgesetz** sollte den Reichstag und alle parlamentarischen Rechte aufheben und der Regierung uneingeschränkte gesetzgeberische Vollmachten geben, auch wenn die erlassenen Gesetze der Weimarer Reichsverfassung widersprachen. Die Ausschaltung der Kommunistischen Partei Deutschlands, von der man ebenso, wie von der Sozialdemokratischen Partei ein Veto gegen das Ermächtigungsgesetz erwartete, war der erste Schritt zur Sicherung der faschistischen Herrschaft, denn noch verfügten die Nazis nicht über eine Mehrheit im Reichstag, mit der sie das

Ermächtigungsgesetz hätten durchbringen können. (Dok. 133)

Hitler wagte es allerdings nicht, die KPD - die immerhin bei den letzten Wahlen sechs Millionen Stimmen auf sich vereinigt hatte - ohne jeden Anlass zu verbieten. Er musste das Verbot vor der Bevölkerung rechtfertigen und brauchte dazu eine Provokation, die er propagandistisch ausschalten konnte.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 steckte ein gedungener holländischer Provokateur namens van der Lubbe, unterstützt von Sonderkommandos der SA, den Reichstag in Brand; noch in der gleichen Nacht verhafteten Polizei- und SS-Einheiten nach einem lange vorbereiteten und detailliert ausgearbeiteten Plan 4000 Funktionäre der KPD. Am darauffolgenden Tag stellte die NSDAP in einer groß angelegten Hetzkampagne die Behauptung auf, die Kommunisten hätten den Reichstag in Brand gesteckt; selbst die absurde Behauptung, sie habe bei der KPD "hundert Zentner Zersetzungsmaterial" gefunden, scheuten sie nicht. (Dok. 135)

Mit der Reichsbrandlüge rechtfertigte das Kabinett Hitler den ersten Verfassungsbruch, die Außerkraftsetzung sämtlicher demokratischer Grundrechte, die noch am 28. Februar gesetzlich fixiert wurde. (Dok. 136) Die der Brandstiftung bezichtigten und angeklagten Kommunisten mussten freigesprochen werden (Dok. 137); die Abschaffung der Grundrechte blieb bestehen.

Eine Woche nach der Reichstagsbrandprovokation, am 5. März, verfügte Hitler die Verhaftung sämtlicher gewählter Reichstags- und Landtagsabgeordneter der KPD unmittelbar nach den Wahlen, um den Weg für die Durchsetzung des Ermächtigungsgesetzes endgültig freizumachen. Alle bürgerlichen Parteien stimmten dem Ermächtigungsgesetz zu, mit dem das parlamentarische System endgültig zerstört und die faschistische Diktatur "legalisiert" wurde. Gegen das

Ermächtigungsgesetz stimmte als einzige Partei die SPD. (DOK. 139)

Das Verbot der KPD sollte sich schon bald als der allererste Schritt einer ganzen Kette von Maßnahmen erweisen, die die endgültige Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen zum Ziel hatte. Auch hierbei sollte ein mit riesigem Aufwand inszeniertes Täuschungsmanöver die Masse der Bevölkerung in die Irre führen. Der 1. Mai 1933 wurde von der NSDAP zum "Tag der nationalen Arbeit" proklamiert, die Bevölkerung wurde für die Maifeierlichkeiten mobilisiert. (Dok. 141, 143)

Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser von SA und SS besetzt und zerstört, die Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet, das Vermögen der Gewerkschaften eingezogen und die Gewerkschaften verboten. (Dok. 142)

Der Weg zu einer "Neugestaltung der Gewerkschaften", wie sie später mit der "Deutschen Arbeiterfront" verwirklicht wurde und wie sie Roland Brauweiler, geschäftsführendes Präsidialmitglied der deutschen Arbeitgeberverbände, am 31. März 1933 von der Reichsregierung gefordert hatte, war mit der Zerschlagung der "alten Gewerkschaften" frei. (Dok. 140)

Der Terror gegen alle oppositionellen Strömungen wurde im Verlauf der faschistischen Herrschaft zum System aufgebaut. Der Auflösung der Gewerkschaften folgte die Verhaftung führender Sozialdemokraten und aller aktiven demokratischen, pazifistischen und antifaschistischen Kräfte. (Dok. 144-148)

Unter menschenunwürdigen Bedingungen, Hunger, Misshandlungen und Folter ausgesetzt, vegetierten Hitlers Gegner in Konzentrationslagern, von denen das erste bereits 1933 gebaut wurde. (Dok. 149-152) Die Juden wurden von den Faschisten als "Volksfeind Nr. 1" verteufelt. Sie nahmen ihnen den materiellen Besitz, beraubten sie aller Rechte und verschleppten sie in Konzentrationslager. (Dok. 153) Der "Antikapitalismus" zeigte sein wahres Gesicht.

Die Führungskräfte des Großkapitals gingen nach 1933 unverzüglich daran, ihre eigenen Organisationen zu einer wirksamen Stütze des faschistischen Staatsapparates umzuformen. Der erste Schritt war die Neuorganisation ihres Dachverbandes, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, für dessen Umstrukturierung sie Hitler im April 1933 die ersten Pläne vorlegten. (Dok. 154) Grundlage der Neuorganisation sollte die "industrielle Selbstverwaltung" sein, die den Konzernen und Banken die Regelung aller innerwirtschaftlichen

Angelegenheiten ohne staatliche Eingriffe garantierte; sie wurde mit der Umwandlung des Reichsverbandes in den "Reichsstand der Deutschen Industrie" von Hitler anerkannt.

Innerkapitalistische Kontroversen gab es über die Frage, wie der Reichsverband zu untergliedern sei. Gegen die Vorstellungen einer korporativ-ständischen Gliederung, wie sie vor allem kleinere und mittlere Unternehmen vertraten, siegte das Großkapital auf der ganzen Linie. Der Reichsverband wurde in Reichsgruppen und Wirtschaftsgruppen aufgeteilt, die jeweils von den Managern oder Besitzern der größten Konzerne und Banken geleitet wurden, eben von jenen, die Hitler als "Führer" ihrer Gruppe geeignet erschienen. Die Reichs- und Wirtschaftsgruppen waren Zwangsorganisationen, denen jeder Betrieb beitreten musste und ihre Führer verfügten über disziplinarische Maßnahmen gegen die ihnen zwangsunterstellten Betriebe. (Dok. 155-158)

Ebenso wie in den inneren Organisationsstrukturen der Wirtschaft das Großkapital dominierte, profitierte es auch ökonomisch am meisten vom Faschismus. Die größten Rüstungskonzerne, Krupp, Flick und die IG-Farben, nahmen sofort 1933 die Rüstungsproduktion auf. (Dok. 160-164); sie konnten ihre Profite in den Jahren 1933 bis 1938/39 um ein Vielfaches steigern, so Krupp um 300, die IG-Farben um 500 Prozent. (Dok. 168-170)

Das Geld für die gigantische Rüstungsproduktion, deren Umfang von 1,5 Milliarden Reichsmark 1933 auf 16 Milliarden Reichsmark 1938 und damit von 2 auf 32 Prozent am Volkseinkommen emporschnellte (Dok. S. 165-166), konnte nur durch rigide Einsparungen im Bereich der öffentlichen Hand (Wohnungsbau, Versorgungsbetriebe), Abbau von Sozialleistungen und durch das Einfrieren der Löhne aufgebracht werden. (Dok. 167, 187-188, 190)

Eine solche Politik erforderte nicht nur die Ausschaltung aller aktiven politischen Kräfte, sondern umfassende Maßnahmen zur Entrechtung aller Lohnabhängigen. Als Hauptinstrument hierzu dienten die gesetzliche Sicherung der uneingeschränkten Herrschaft des Unternehmers im Betrieb nach dem "Führerprinzip" (Dok. 171-174) und der Aufbau der "Deutschen Arbeiterfront" (DAF). Hitler und seine politische Führung propagierten die DAF als "Gewerkschaft". In Wirklichkeit jedoch war die DAF eine Gliederung der NSDAP und eine Zwangsorganisation, in der Lohnabhängige und Unternehmer zusammengefasst waren, den Lohnabhängigen also jede Möglichkeit einer eigenständigen Interessenvertretung genommen war. (Dok. 175)

Die DAF stieß bei den Arbeitern auf erheblichen Widerstand. 1935 stellte die "Vertrauensmänner" aus ihren Reihen zur Wahl. Einem illegalen Aufruf einer antifaschistischen Gruppe folgend, boykottierten je nach Betrieb zwischen 25 und 75 Prozent der Arbeiter die Wahlen. Die "Vertrauensmänner"-Wahlen von 1935 waren der letzte Versuch, dem faschistischen Regime in der Arbeiterklasse einen legitimatorischen Schein zu verschaffen; die DAF wagte nie wieder ein ähnliches Manöver. (Dok. 176-178)

Während vor allem in der Arbeiterbewegung vielfältige Formen des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur entwickelt wurden, blieb ein großer Teil der deutschen Bevölkerung politisch passiv oder begeisterte sich für das faschistische System. *Nicht allein durch den Terror gegen alle antifaschistischen Kräfte und die politische Entrechtung der Bevölkerung vermochten Hitler und die nationalsozialistische Führung ihre Herrschaft abzusichern. Sie beherrschten meisterhaft die Methode der Versprechungen, Verdrehungen und Lügen, mit der die Bevölkerung über die wahren Ziele der faschistischen Regierung getäuscht wurde, und sie verstanden es, mit propagandistisch wirksamen Mitteln die gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrem Staat zu verschleiern.*

Die Integration breiter Bevölkerungsschichten zu erreichen, oder, wie Goebbels es formulierte, die "Rückendeckung im Volke selbst" zu finden (Dok. 195), war das oberste Gebot faschistischer Propagandatätigkeit. Führerkult und Führerprinzip sollten die Bevölkerung zu absolutem Gehorsam und Elitedenken erziehen, dabei möglichst dumm halten und ihre Identifikation mit dem Führer fördern. (Dok. 195-197)

Die spezielle Rolle der Propaganda war es, durch Anwendung aller massenwirksamen und erfolgversprechenden Mittel (Dok. 199-200), die Bevölkerung so zu manipulieren, dass sie gegen ihre eigenen Interessen handelte und der faschistischen Regierungsführung zustimmte; diese Propaganda machte notwendig das Verschweigen der wahren Ziele zum Prinzip. (Dok. 198)

Ein Paradebeispiel für die Verlogenheit der Propaganda war die Friedensdemagogie der NSDAP. Während der zweite Weltkrieg mit größter Intensität vorbereitet wurde, sollte das Volk mit Friedensbeteuerungen beruhigt und die Losung der antifaschistischen Kräfte, Hitler bedeute den Krieg, aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit ausgemerzt werden. (Dok. 201-202) Parolen und Versprechungen allein reichten jedoch nicht aus, um auf Dauer die Integration breiter Bevölkerungsschichten

sicherzustellen. Es mussten, für jeden einzelnen sichtbar und propagandistisch verwertbar, auch konkrete "Verbesserungen" ausgewiesen werden, die zu belegen schienen, dass mit der nationalsozialistischen Herrschaft ein "neues Zeitalter" begonnen habe. Diese Funktion erfüllte die der DAF angeschlossene NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude". Mit ihren betrieblichen Verschönerungsaktionen, festen, Wanderungen und Ferienfahrten - die allesamt als angeblicher Beweis des "Sozialismus" ausgegeben wurden - sollte sie die Wirklichkeit des betrieblichen Alltags, in dem allein der Betriebs-"führer" bestimmt, und den Betrug an den antikapitalistischen Hoffnungen und Forderungen der Bevölkerung vergessen machen. Um den Schein für die Wirklichkeit auszugeben, um die "Volksgemeinschaft", in der alle Klassengegensätze überwunden seien, glaubhaft zu machen, wurde ein riesiger Apparat aufgebaut und wurden erhebliche finanzielle Aufwendungen getätigt. (Dok. 203-207)

Zur Integration breiter Bevölkerungsschichten trugen neben den zahlreichen KdF-Propaganda-Aktionen noch zwei weitere Faktoren bei: *die außenpolitischen "Erfolge" der Hitlerregierung (Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland 1935, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935, Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone 1936 und Annexion Österreichs 1938), die von den Nationalsozialisten als Brechung des Versailler Diktats propagandistisch ausgenutzt werden konnten, sowie der "wirtschaftliche Aufschwung", den die NSDAP als ihr Werk rühmte.*

In Wirklichkeit war der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise bereits 1932 überwunden, die NSDAP profitierte also von der wiederauflebenden Konjunktur. Zum zweiten setzte die faschistische Regierung die Politik der Staatsverschuldung verstärkt fort; sie finanzierte den gigantischen Rüstungsboom, der nach 1933 einsetzte, mit Geldmitteln, für die kein faktischer Gegenwert vorhanden war (Mefo-Wechsel).

Für die breite Masse der Bevölkerung allerdings bedeutete die Rüstungskonjunktur, wieder Arbeit zu bekommen, und die Friedensdemagogie Hitlers verschleierte das wahre Ziel der "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen", die fast ausschließlich im Dienst der direkten oder indirekten Aufrüstung standen, wie die Produktion militärischen Geräts, der Autobahnbau oder landwirtschaftliche Verbesserungen besonders zur angeblichen Grenzsicherung östlich der Elbe. Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung war trotz diesen Maßnahmen sehr widersprüchlich. Zwar sank die Arbeitslosenzahl; dennoch verzeichnete die Statistik